

# Umstrukturierung der Werke vertagt

Wie können die Werke der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn so umstrukturiert werden, dass sie fit für die Zukunft sind? Bürgermeisterin Silke Brunck hat dafür eine Idee, mit der sie sich aber im Verbandsgemeinderat Enkenbach-Alsenborn nicht durchsetzen kann.



VON POLA SCHLIPF

**ENKENBACH-ALSENBORN.** Die bisherige Werkleiterin ist freigestellt, die Stelle noch nicht wieder besetzt. Daran wird sich vorerst auch nichts ändern, denn Bürgermeisterin Silke Brunck (SPD) scheiterte in der jüngsten Sitzung des Rates der Verbandsgemeinde (VG) Enkenbach-Alsenborn mit einem Vorstoß, die Umstrukturierung der Verbandsgemeindewerke einzuleiten.

Um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, würde Brunck gerne eine Doppelspitze sowie

zwei Vertreter einsetzen. Aufgeteilt werden sollte die Führung ihrer Meinung nach in einen technischen und einen kaufmännischen Bereich. „Mit einer Verteilung der Leitungsaufgaben erhoffe ich mir eine deutliche Effizienzsteigerung und damit auch eine rasche Aufarbeitung der aufgelaufenen Rückstände wie zum Beispiel der Jahresabschlüsse“, hielt die Bürgermeisterin fest. Bisher habe eine Person die beiden Eigenbetriebe der Verbands- und der Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn geleitet. Aber gerade im energiewirtschaftlichen Bereich seien die Anforderungen an das Leitungspersonal in den vergangenen Jahren stark gestiegen, sodass einer alleine diese sowohl zeitlich, als auch fachlich nicht mehr bewältigen könne. In vielen anderen Eigenbetrieben vergleichbarer Größe werde das so gehandhabt, sagte Brunck.

### **Satzung muss geändert werden**

Um eine solche Umstrukturierung vornehmen zu können, muss zunächst die Betriebsatzung der Verbandsgemeindewerke geändert werden. Das sei übrigens auch noch aus einem weiteren Grund nötig, sagt Brunck. Denn das Eingliederungsgesetz verlange, dass die Versorgungsbereiche der beiden Alt-VGs Enkenbach-Alsenborn und Hochspeyer nunmehr, zehn Jahre nach der Fusion, spätestens 2024 zusammengeführt werden müssten. Auch dafür müssten dringend rechtliche Änderungen in der Satzung vorgenommen werden. Genau das, die Änderung der Betriebssatzung, stand in der jüngsten Sitzung des VG-Rates auf der Tagesordnung. Zu einer Abstimmung darüber kam es jedoch nicht, da eine Mehrheit aus CDU-, FWG- und FDP-Mitgliedern sich dafür aussprach, erst noch einmal – wie im der Sitzung vorangegangenen Werksausschuss, dort diesmal aber in nicht-öffentlicher Sitzung darüber zu beraten. Zuvor hatten diese drei Fraktionen schon versucht, den Punkt von vornherein von der Tagesordnung zu nehmen. Die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit kam jedoch nicht zustande. Also musste im Rat darüber diskutiert werden.

Für die CDU stellte Alexander Roth fest: „Dass die Personalausstattung bei den Werken grundsätzlich zu verbessern ist, steht völlig außer Frage.“ Die Christdemokraten hatten schon lange den Verdacht, dass es insgesamt in der Verbandsgemeindeverwaltung nicht genügend Personal für die Menge an Arbeit gebe. Eine Personalbedarfsanalyse der Kommunalberatung im Jahr 2019 bestätigte diese Vermutung: Knapp zehn Stellen hätten in den davorliegenden fünf Jahren gefehlt, um effektiv arbeiten zu können. Beantragt und im Stellenplan aufgenommen wurden sie jedoch erst nach der Analyse. Und was damals für die Verwaltung festgestellt wurde, gelte eben auch für die

Werke, führte Roth weiter aus, dass nämlich der Mittelbau zu stärken sei. Dort müsse angesetzt werden. Die Bedarfe der Werke seien nicht hinreichend mitgeteilt, geschweige denn diskutiert. Dies moniere seine Fraktion seit Jahren, erklärte Roth im Nachgang der Sitzung. Daher sei eine Personalbedarfsanalyse durch einen externen Fachmann nötig. „Kommt diese zum Ergebnis, dass zum Beispiel der Lagebericht einer Werkleitung derart viel Zeit benötigt, dass die Erstellung weiterer Jahresabschlüsse zeitlich verzögert würde, wenn sich nicht zwei Leitungen diese Aufgabe teilen, dann werden wir uns ganz sicher nicht dagegenstellen“, so Roth. Er brachte in der Sitzung aber auch sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass nun gesagt werde, die Arbeit sei für einen Werkleiter zu viel, wo doch zuvor die bisherige Werkleitung vom Dienst freigestellt worden sei, gerade weil sie die Arbeit nicht geschafft habe. „Die Politik dahinter verstehe ich nicht“, sagte Roth. Manfred Petry (FWG) pflichtete ihm bei. Der VG-Rat beschäftige sich ja schon über einen längeren Zeitraum mit der Überlastung der Werkleitung. Er plädierte, wie sein CDU-Kollege, dafür, die „intensive Diskussion“ über eine solche Personalentscheidung in einem Fachausschuss und dort ohne Öffentlichkeit zu führen. Einen solchen Antrag stellte die CDU denn auch nach einer zehnminütigen Sitzungspause, der später mit 17 zu acht Stimmen angenommen wurde.

### **Wansch: „Öffentlich zu beraten“**

Dass es genau nicht um eine Personalentscheidung gehe, sondern lediglich um eine Betriebssatzung, die geändert werden solle, und damit um die grundsätzliche Organisationsform der Werke, darauf wiesen zuvor noch Mitglieder der SPD-Fraktion hin. Hartwig Pulver führte zudem an, dass sogar schon die kleine Veganet GmbH, die sich um den Glasfaserausbau in der Alt-VG Enkenbach-Alsenborn kümmert, zwei Geschäftsführer habe. Und Thomas Wansch stellte klar, dass Betriebssatzungen immer in öffentlicher Sitzung zu beraten seien – auch im Werksausschuss. Das sei grundsätzlich richtig, heißt es dazu auf RHEINPFALZ-Nachfrage von Seiten der Kommunalaufsicht. Es könne aber Ausnahmen geben. Ob das auf diesen konkreten Fall zutreffe, könne nicht beurteilt werden.

### **KOMMENTAR**

## **Handlungsfähigkeit verbessern!**

Miteinander reden ist gut. Aber das eigentliche Ziel sollte dabei nicht aus den Augen verloren werden.

*VON POLA SCHLIPF*

Verschleppte Jahresabschlüsse, Intransparenz, Überforderung: Über die Führung der Verbandsgemeindewerke Enkenbach-Alsenborn war in den vergangenen Jahren politisch viel diskutiert worden, Werkleitung, Bürgermeister und Verwaltung standen massiv in der Kritik. Nun ist die bisherige Werkleitung seit geraumer Zeit freigestellt, der Betrieb unter kommissarischer Leitung der beiden Stellvertreter. Nach und nach werden die noch fehlenden Jahresabschlüsse nachgeliefert, es scheint voranzugehen. Bürgermeisterin Silke Brunck (SPD) hat festgestellt: Es geht viel mehr über den Tisch, wenn zwei Personen sich die Arbeit an der Spitze teilen. Daher favorisiert sie eine Doppelführung. Bevor das aber in die Satzung geschrieben und ausprobiert werden kann, muss in Enkenbach-Alsenborn anscheinend erst das Vergangene noch aufgearbeitet werden – wohl in Form von ausführlichen Diskussionen über die ehemals handelnden Personen und deshalb hinter verschlossenen Türen. Bleibt zu hoffen, dass das nochmalige miteinander Reden hilft und das eigentliche Ziel, nämlich die Handlungsfähigkeit der Werke zu verbessern, darüber nicht aus den Augen verloren wird.